

Nur wer Angst vor Freiheit hat baut am Überwachungsstaat.

Gegen Polizeistaat und Rechtsruck - Freiheitsrechte verteidigen indem wir sie uns nehmen!

Mit dem Hinweis auf die Bedrohung durch den Terrorismus und ein bestehendes Sicherheitsrisiko werden seit Jahren Freiheitsrechte eingeschränkt, Strafgesetze verschärft und der Polizei immer weitreichendere Befugnisse eingeräumt.

Der vermeintliche Angriff auf „unsere Demokratie“ soll durch Abbau von Bürgerrechten, Einschränkung von Grundrechten, dem Ruf nach dem starken Staat verteidigt werden. Viele träumen offensichtlich vom Polizeistaat und der damit verbundenen Vorstellung politische und soziale Probleme durch Repression, Verbote und staatliche Überwachung lösen zu können.

In diesem Zusammenhang arbeitet die Innenministerkonferenz seit Jahren an einer Vereinheitlichung des Polizeirechts, das bisher Ländersache ist. Mit dem Begriff „Vereinheitlichung“ sollen tatsächlichen Absichten verschleiert werden:

Polizei und Geheimdienste sollen Stück für Stück von rechtsstaatlichen Standards befreit werden. Die Grenzen zwischen Geheimdienst-, Polizei- und Militäreinsatzbefugnissen und Einsatzbewaffnung werden dabei zunehmend verwischt.

Entsprechend der offiziellen Propaganda soll dies alles dem Schutz der Bürger*innen dienen. Doch wir wissen längst, dass es darum nicht geht. So wurden z.B. Übergriffe und Morde von Neo-Nazis weder verhindert noch aufgeklärt. Der Massenbetrug an Autofahrenden durch VW und andere Autokonzerne wird verharmlost. Wohnungsspekulanten dürfen weiter ihr Unwesen treiben. Die Energiekonzerne dürfen weiter auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit der Menschen ihre Profite absichern. Es geht nicht um unsere Sicherheit und unsere Freiheit, sondern um den Schutz der bestehenden kapitalistischen – patriarchalen Verhältnisse.

Von der polizeistaatlichen Aufrüstung sind vor allem diejenigen betroffen, die sich gegen diese Verhältnisse zur Wehr setzen.

Es sind Menschen, die wie wir mit vielen anderen Proteste gegen die Gipfeltreffen der Mächtigen – von Heiligendamm bis Hamburg – organisieren, Naziaufmärsche blockieren, Gleise von Atomtransporten schottern und mit Aktionen wie „Ende Gelände“ Sand ins Getriebe des klimafeindlichen Brautageabbaus streuen, die Vergesellschaftung von Wohnungsbaugesellschaften und Einrichtungen der Daseinsfürsorge, Recht auf Bewegungsfreiheit und ein gutes Leben für alle einfordern.

Doch wir werden mit vielen anderen auch in Zukunft Aktionen des zivilen Ungehorsams - von der Blockade bis zum politischen Streik – fortsetzen.

In einer Welt, in der Profitinteressen der Konzerne stärker geschützt werden, als die Würde und die sozialen Rechte von Millionen Menschen, halten wir die Legitimität von sozialen Protesten für wichtiger als die Frage nach ihrer legalen Bewertung durch die Herrschenden.



Die Bevölkerung wird durch die Krimisierungen bereits jetzt auf den neuen Abbau von Freiheitsrechten vorbereitet. Die sympathischen Kommissar*innen dürfen im Fernsehen bereits alles bei ihrem Kampf gegen die "Bösen", was jetzt in Realität geplant ist.

Repressionsspirale

Das Polizeigesetz in Baden-Württemberg wurde bereits am 15.11.2017 massiv verschärft. Dies betraf u.a. bereits die Kommunikationsüberwachung, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Einsatz elektronischer Fußfessel, Aufenthalt- und Kontaktverbote, Kriegswaffeneinsatz durch die Polizei. Nun ist bereits eine weitere Verschärfung geplant.



Innenminister Strobil ist zwar Kraft seines Amtes Wortführer in Sachen „Law and Order“, aber die Grünen in Baden-Württemberg sind diejenigen, die den Verschärfungen des Polizeigesetzes schon in der Vergangenheit zur Umsetzung verholfen haben und auch jetzt fest an der Seite des Koalitionspartners in Baden-Württemberg stehen. Auch die SPD stimmte der Verschärfung zu, von der der grüne Ministerpräsident Kretschmann sagte, man sei damit "an die Grenze des verfassungsrechtlich möglichen gegangen." Baden-Württemberg verfügt damit bereits über eins der schärfsten Polizeigesetze in der BRD.

Noch in diesem Jahr sind weitere Verschärfungen im Polizeigesetz Ba-Wü sind zukünftig vorgesehen:

- **die Einführung der Schleierfahndung in einem 30km langen Korridor entlang der Bundesgrenzen**
- **umfassende Personenkontrollen vor Großereignissen (Demonstrationen, Sportereignissen etc.) ohne besondere Begründung**
- **der Einsatz von Bodycams in Privatwohnungen, womit genaue Bilder von allen in der Wohnung befindlichen Gegenständen, Büchern usw in den Akten landen,**
- **die DNA-Untersuchung zu präventiven Zwecken**
- **Einführung der Unendlichkeitshaft für sogenannte „GefährderInnen“** - zukünftig soll die Frist von 2 Wochen auf 3 Monate verlängert werden und diese 3 Monate dann wiederum un-

endlich oft auf weitere 3 Monate verlängerbar sein. Die Landesregierung hofft, dass die Verschärfung wieder im Schnellverfahren und ohne größeren öffentlichen Protest über die Bühne gehen kann.

Ein Blick in andere Bundesländer zeigt, was mit den Verschärfungen auf uns zukommt:

Die drohende Gefahr...

Drohende Gefahr besteht dem neuen Polizeigesetz zufolge, „wenn im Einzelfall hinsichtlich einer Person bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person innerhalb eines absehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierte Weise eine Straftat von erheblicher Bedeutung begehen wird.“

Bei einer „konkreten Gefahr“ kann die Polizei schon jetzt präventiv eingreifen und umfassende Überwachungsmaßnahmen durchführen.

Das neue Gesetz soll gerade dann greifen, wenn die Polizei noch nicht mal einen konkreten Verdacht hat, weder konkrete Hinweise auf eine bestimmte Straftat, noch auf Tat-Zeitpunkt oder -Ort. Lediglich die Annahme, die verdächtige Person könnte womöglich irgendwann irgendetwas planen, reicht aus. Dabei muss es keineswegs um „Terrorismus“ gehen, auch wenn die Landesregierung dies zur Rechtfertigung des Gesetzes immer wieder in den Vordergrund stellt.



Eine „Straftat von erheblicher Bedeutung“ im Sinn des neuen Polizeigesetzes kann beispielsweise auch eine Auseinandersetzung während eines Streiks oder Aktionen Sozialer Bewegungen wie die Blockade eines Kohlebagers sein oder auch das sogenannte „Einschleusen von Ausländern“ nach § 96 und 97 des Aufenthaltsgesetzes werden im neuen Polizeigesetz als Straftaten von erheblicher Bedeutung aufgeführt.

... und die autoritäre Formierung

Wenn die „drohende Gefahr“ dermaßen unbestimmt ist, spielt der öffentliche Diskurs um Sicherheit und diejenigen, die sie vermeintlich bedrohen, eine große Rolle. Und gerade hier lässt sich die fortwährende autoritäre Transformation der Demokratie beobachten. Ein Beispiel ist der Polizeieinsatz gegen Geflüchtete in Ellwangen:

*Anfang Mai 2018 haben Bewohner*Innen der Erstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen gegen die Abschiebung eines Geflüchteten aus Togo protestiert. Der anschließende großangelegte Polizeieinsatz Tage später wurde mit Behauptungen gerechtfertigt, die sich im Nachhinein mehrheitlich als falsch erwiesen haben. Mehrere Hundert Polizisten traten zeitgleich die Türen der Zimmer der Geflüchteten ein, obwohl diese gar nicht abgeschlossen werden können.*



Eine politische Hetzkampagne gegen Geflüchtete folgte. In Medien und an Stammtischen wurde die Razzia als konsequentes Einschreiten gegen rechtsfreie Räume in Flüchtlingsunterkünften gefeiert.

Als die Rekonstruktion des Geschehens abgeschlossen war, blieb von den ursprünglichen Vorwürfen nichts übrig. Aber mit unbewiesenen Hinweisen und tendenziöser Pressearbeit hatte die Polizei nicht nur die Möglichkeit für eine brutale und traumatisierende Razzia geschaffen, sondern dem rassistischen Ordnungsdiskurs weiteres Futter gegeben.

Ellwangen war kein Einzelfall. Die damit geschaffenen Bilder von angeblich kriminellen Geflüchteten werden offensichtlich gebraucht, um dann die Lagerunterbringung, „Ankerzentren“ und Entrechtungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Maßnahmen gegen Geflüchtete sind oft der "Testfall" für den allgemeinen Abbau von Rechten, wie schon das Asylbewerberleistungsgesetz

zeigt, was die Hartz 4 Regelungen vorweggenommen hat.

Mit dem Ende Juni 2019 beschlossenen "Geordnete Rückkehrgesetz", einem massiven Abbau von Freiheitsrechten zur Durchsetzung der Abschiebungen, werden die Haftvoraussetzungen bei der Abschiebungshaft und Abschiebebegewahrsam gesenkt. Die Voraussetzungen für Sicherungs- und Vorbereitungshaft werden ausgeweitet, Verschärfungen bei Wohnsitzauflagen, Residenzpflicht, Lagerpflicht und Meldeauflagen eingeführt.

Abschiebehaft und Abschiebebegewahrsam werden ausgeweitet, Strafverfahren wegen illegaler Einreise und Aufenthalt ohne Papiere, Handyauslesen, Datenaustausch usw. Selbst das jahrhundertealte Kirchenasyl wird kriminalisiert und Hausdurchsuchungen bei Pfarrern durchgeführt.



Zukünftig dürfen auch Wohnungen ohne richterlichen Beschluss betreten und durchsucht werden. Danach kann die Abschiebebehörde ohne richterlichen Beschluss sogar jede (!) Wohnung durchsuchen lassen, wenn sie Hinweise behauptet, dass sich dort ein/e Abzuschiebende/r aufhalte. Und last not least - die Bekanntgabe von Abschiebeterminen zählt als "Geheimnisverrat"...

RASSISTISCHE POLIZEIKONTROLLEN

Du hast es vielleicht schon einmal in einem Bahnhof oder Zug selbst miterlebt:

*Polizist*Innen greifen sich für Kontrollen gezielt Leute heraus, die in ihren Augen nicht „deutsch“ oder „normal“ genug aussehen. So vorzugehen ist **institutioneller Rassismus**. In den USA wurde dafür der Begriff **racial profiling**¹ geprägt. Racial profiling durch PolizistIn*nen ist weit verbreitet, obwohl es dafür **keine Rechtsgrundlage** gibt und es deshalb verboten ist!*

Mit dem Ausbau von Polizeibefugnissen werden auch rassistische Kontrollen zunehmen

Die Gefährder der Ordnung

Während die Polizei bei ihrer Arbeit immer stärker auf unbewiesene und unkonkrete Verdachtsmomente zurückgreift, wird sie in ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit umso offensiver. Begleitet wird dies von einem unterstützenden Diskurs in Politik und Medien. Initiativen und Anwältinnen, die sich für die Rechte Geflüchteter einsetzen, werden so zu einer „Anti-Abschiebe-Industrie“, Aktivist*innen, die Geflüchtete mit dem Auto über die Grenze fahren, zu „kriminellen Schleusern“.

Hinter Diebstählen, steckt grundsätzlich immer eine kriminelle Bande, wenn Roma Tatverdächtige sind. Ultras, die in Fußballstadien Pyrotechnik zünden, werden zu den „Taliban der Fans“.

Diese Zuschreibungen sind nicht einfach nur Stereotype oder Polemiken. Sie schaffen systematisch eine gesellschaftliche Stimmung, in der ein sicherheitspolitischer Ausnahmezustand suggeriert wird, eine fundamentale Bedrohung der Gesellschaft und ihrer Bürger. Und zur Bekämpfung dieses Ausnahmezustands wird ein starker Staat gefordert, der hart durchgreift und gründlich aufräumt, ohne sich zu sehr mit überholten Dingen wie Grundrechten auseinanderzusetzen. Und ein öffentlicher Diskurs, der Ultras und Linksradikale, Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen, Kleinkriminelle und Dealer als Gefährder von Ordnung und Sicherheit markiert, und ein Polizeigesetz, dass verspricht, gegen alle diese Gruppen in Zukunft effektiver und härter vorzugehen, gehen Hand in Hand.



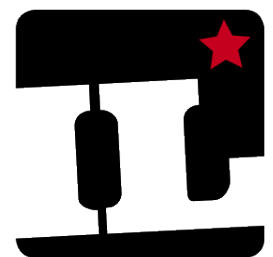
Diejenigen, die als Gefährder und Störer ausgemacht werden, verlieren im neuen Polizeigesetz einen Großteil ihrer Grundrechte. Ihnen können Wohnorte zwangsweise zugewiesen werden, sie können mit Aufenthalts- und Kontaktverboten belegt werden, die mit elektronischen Fußfesseln durchgesetzt werden. Ihre Telekommunikation und Post wird überwacht, auch ihr privates Umfeld können abgehört und durchsucht werden.

Dass die meisten der im Polizeigesetz vorgesehenen Maßnahmen von Richterinnen (teils nachträglich) überprüft werden müssen, ist dabei kein großer Trost. Nicht nur sind die Gerichte chronisch unterbesetzt und überfordert, sodass sie Maßnahmen oft ohne nähere Prüfung durchwinken. Sie lassen sich auch durchaus von sicherheitspolitischen Diskursen beeinflussen, wie die überaus harten Gefängnisstrafen im Nachgang der G20-Proteste und die monatelange Untersuchungshaft gegen den 19-jährigen Fabio V. zeigen, dem nie eine konkrete Tathandlung vorgeworfen wurde.

„Das, was da auf uns immer bedrohlicher zukommt, ist mit dem Begriff des Polizeistaates nicht wirklich gefasst. Denn viel schlimmer, als dem definierten Interesse einer herrschenden Klasse und ihren Aufstandsbekämpfungstruppen gegenüberzustehen, ist es, in einer Gesellschaft zu leben, in der es einen breiten Konsens darüber gibt, dass alle diejenigen, die vermeintlich die Sicherheit und die Ordnung stören, ihr Recht auf körperliche Integrität und zuletzt auch ihre Menschenrechte überhaupt verwirken.“ So die Einschätzung des Befreiungstheologe Michael Ramming er analysierte diesen Umstand in einem Interview mit der Tageszeitung junge welt

Der fortwährende autoritäre Umbau von Staat und Gesellschaft ist unübersehbar, aber er ist nicht unaufhaltbar. Es reicht nicht aus, sich darauf zu verlassen, dass kritische Medien oder das Bundesverfassungsgericht die verbliebenen Freiheitsrechte einer Gesellschaft verteidigen.

Wenn der öffentliche Diskurs zunehmend autoritärer wird und nach rechts rückt, ist es umso wichtiger einen breiten Protest von unten aufzubauen.



Interventionistische Linke Karlsruhe
il-karlsruhe@riseup.net, www.ilkarlsruhe.blogspot.de
<https://interventionistische-linke.org/>